



Konsequent sozial für Brandenburg

Wandel auf breiter Front tut Not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken und auch nicht finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess von Veränderungen in Gang zu setzen und an den richtigen Stellen zu beginnen. Mit den 15 politischen Schlüsselvorhaben machen wir in unserem Wahlprogramm deutlich, womit wir den Wandel einleiten wollen. Sie werden für uns - in Opposition wie in Regierung - Maßstab sein. Es sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger reagieren. Mit ihnen soll das Positive in Brandenburg bewahrt, ausgebaut und für alle wirksam gemacht werden. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Diese Vorhaben gehören für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches, zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

Schlüsselvorhaben 11

Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung

Längere und teurere Schulwege

In Brandenburg wurde in den vergangenen Jahren unter dem Vorwand sinkender Schülerzahlen von der Landesregierung und der Koalition aus SPD und CDU in einem unverhältnismäßigen Umfang schulische Infrastruktur abgebaut. Allein zwischen 2004 und 2009 wurden 198 Schulen in öffentlicher Trägerschaft geschlossen. Das führte dazu, dass

- Lehrkräfte in großem Umfang um- oder versetzt wurden,
- für viele Schülerinnen und Schüler Schulwechsel mit all ihren Folgen wie Eingewöhnung in die neue Schule, Gewöhnung an neue Mitschülerinnen und Mitschüler sowie neue Lehrkräfte nötig wurden,
- für viele Schülerinnen und Schüler die Schulwege länger wurden.

Vor allem Schülerinnen und Schüler in ländlichen Regionen trafen die Schulschließungen besonders hart: Längere Wege zur Schule, die mehr Zeit in Anspruch nehmen und für die die Eltern tiefer in die Tasche greifen müssen, weil die Schülerbeförderungskosten dadurch zum Teil drastisch angestiegen sind. Das ist ungerecht!

Hinzu kommt, dass die Beiträge für die Schülerbeförderung auf kommunaler Ebene festgelegt werden, so dass diese je nach Finanzkraft der Landkreise und kreisfreien Städte unterschiedlich sind.

DIE LINKE hat sich vielerorts für die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung stark gemacht. In einigen Regionen waren wir erfolgreich. Andere Kreise können sich solche „Wohltaten“ nicht leisten. Im Landtag haben wir uns mehrfach, u.a. bei den jährlichen Haushaltsdebatten, dafür eingesetzt, dass die Ungerechtigkeiten in der Schülerbeförderung abgebaut werden und das Land mehr Geld

zur Verfügung stellt. Wir sind jedoch an der Mehrheit von SPD und CDU gescheitert.

Statt dessen hatte sich die Situation seit 2003 noch in der Weise verschlechtert, dass die Kommunen durch das 1. Kommunale Entlastungsgesetz gezwungen waren, Eltern durch entsprechende Beiträge an der Schülerbeförderung zu beteiligen, während es ihnen zuvor freigestellt war. Eine Folge dieser Neuerung war, dass die Beteiligung an der Schülerbeförderung um etwa ein Drittel zurückging. Eltern sahen sich oft gezwungen, aus finanziellen Gründen nach anderen Beförderungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu suchen. Oft bildeten sie Fahrgemeinschaften mit dem Auto oder Schülerinnen und Schüler mussten mit dem Fahrrad zur Schule fahren, was das Unfallrisiko für die Kinder erhöhte. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind und bleiben für alle die sichersten Transportmittel.

Sieg der Volksinitiative

Im Frühjahr 2008 hatte mit der Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!“ erstmals eine Volksinitiative in Brandenburg Erfolg. Anliegen dieser Initiative war es, den § 112 des Schulgesetzes dahingehend zu ändern, dass die Kommunen nicht mehr gezwungen sind, Elternbeiträge für die Schülerbeförderung zu erheben, sondern es ihnen wieder freigestellt wird. Auf außerparlamentarischen Druck hin wurden die Kommunen dann von der Pflicht entbunden, von den Eltern Beiträge zur Schülerbeförderung zu kassieren. Damit gibt es zur Zeit eine Situation, wie wir sie vor 2003 schon einmal hatten.

DIE LINKE hielt das Anliegen der Volksinitiative für berechtigt und unterstützte die vorgeschlagene Änderung des § 112 im Brandenburgischen Schulgesetz. Sie sieht darin einen ersten Schritt zu einer elternbeitragsfreien Schülerbeförderung, dem eigentlichen Ziel der LINKEN.

Mit der Änderung des § 112 ergibt sich aus Sicht der LINKEN für die Landesregierung zwingend die Notwendigkeit, entsprechend dem Konnexitätsprinzip nach Artikel 97 Abs. 3 Satz 2 und 3 der Verfassung des Landes Brandenburg, die Landkreise finanziell zu unterstützen, so dass diese auch tatsächlich in die Lage versetzt wer-

den, nicht zwingend Elternbeiträge erheben zu müssen. Die Landesregierung stellte 2008 lediglich 1,7 Mio und 2009 4 Mio Euro für die Schülerbeförderung zur Verfügung. Das ist nicht mehr als der bewusste „Tropfen auf den heißen Stein“.

Das alles geht der LINKEN nicht weit genug.

Ziel der LINKEN: Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung

Es bedarf landesweiter Regelungen, um die gegenwärtigen Ungerechtigkeiten bei der Schülerbeförderung zu minimieren. Dazu müssen die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Landkreise beachtet werden. Es werden sichere Schulbusse, für jedes Kind ein Sitzplatz und ein Busbegleiter bei längeren Wegstrecken benötigt. Das trägt nicht nur zur erhöhten Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs bei.

Die Satzungen der Landkreise und kreisfreien Städte dürfen aus unserer Sicht nicht benutzt werden, um Schülerströme zu lenken. Die Schülerbeförderung muss so gestaltet werden, dass für alle Schülerinnen und Schüler die Teilnahme an den Angeboten am Nachmittag und am Ganztagsbetrieb ermöglicht wird.

Das Land darf sich nicht länger vor der Gestaltung einer Rahmensezung oder untergesetzlicher Regelungen drücken.

Es müssen Obergrenzen bezogen auf die Schulwege und auch die Fahrzeiten festgelegt werden. Die Zumutbarkeit von Wege- und Wartezeiten muss genau definiert werden. Es bedarf klarer gesetzlicher Regelungen.

Ziel muss letztlich aus Sicht der LINKEN eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung sein. Denn: Bildung ist eine Landesaufgabe. Der Weg zur Schule gehört dazu. Und der soll nicht nur möglichst kurz, sondern auch kostenfrei und sicher sein. Deshalb fordern wir im Interesse sozialer Gerechtigkeit, dass die Kosten für die Schülerbeförderung wieder in Landesverantwortung übernommen werden.

Falls Sie Fragen oder weitere Vorschläge haben, sprechen Sie uns an oder schreiben Sie an:
Wahlquartier im Potsdamer Hauptbahnhof, Telefon: 0331 - 550 66 09 oder E-Mail: wahlquartier@dielinke-brandenburg.de

www.brandenburg-waehlt-rot.de

Herausgeber: Landesverband DIE LINKE Brandenburg, 14469 Potsdam, Alleestraße 3